

Gouverneure, Gouvernamentalität

und Globalisierung.

Zur Geschichte und Aktualität imperialer Gewalt

CHRISTIAN GEULEN

I.

Wir haben uns daran gewöhnt, unser gegenwärtiges Zeitalter als Epoche der Globalisierung zu betrachten. Das hängt einerseits mit einigen unübersehbaren neuen Phänomenen zusammen, mit der verkehrs- und medientechnologischen Verflechtung der Gesellschaften, mit weltumspannenden Handelssystemen, mit globalen Migrationsströmen oder mit der zunehmenden Bedeutung transnationaler Politikformen. Andererseits liefert uns die Globalisierung, insofern sie ebenso unübersehbar eine sehr viel längere Vorgeschichte hat, auch einen historischen Erfahrungsraum, auf den zum besseren Verständnis der Gegenwart zurückgegriffen werden kann. Hieraus erklärt sich die mit dem Globalisierungsthema sprunghaft angestiegene Bedeutung der Geschichte von Imperialismus und Kolonialismus in der akademischen wie öffentlichen Diskussion. Denn mit den kolonialen und imperialen Expansionen Europas begann schließlich jene Verflechtung des Erdballs, die uns heute als globalisierte Welt vor Augen steht.

Auf der anderen Seite ist ebenso unübersehbar, dass die heutige Globalisierung nicht selber eine Form von Imperialismus oder Kolonialismus ist. Verflechtung im heutigen Sinne hat es in der imperialen Struktur von Metropole und Peripherie gerade nicht gegeben. Auch transnationale Institutionen in unserem heutigen Sinne waren dem Imperialismus fremd. Umgekehrt gibt es gegenwärtig weder formale Kolonien noch ist die globale Ungleichverteilung von Reichtum an sich schon ein Indiz für Imperialismus. Und dennoch: Ruft man sich die heutigen Argumentationsmuster etwa des Neoliberalismus auf der einen und der Globalisierungskritiker auf

der anderen Seite in Erinnerung, hat man tatsächlich den Eindruck, sich inmitten einer imperialen Diskurskonstellation zu befinden. Das ist das eigentlich Erstaunliche an der heutigen Situation: In fast jeder Hinsicht ist sie etwas Neues und Anderes als jene Epoche, in der die Welt zwischen wenigen konkurrierenden Imperialmächten aufgeteilt war und weit über die Hälfte der Weltbevölkerung in direkter kolonialer Abhängigkeit lebte. Die politische Rationalität aber, nach der wir unsere heutige Globalisierung wahrnehmen und in ihr handeln, trägt zum Teil sehr deutlich imperiale Züge. Es scheint fast, als stünde uns kaum eine andere Sprache oder Wahrnehmungsmatrix zur Verfügung, um die Konflikte und Krisenherde einer globalisierten Welt zu deuten, als diejenigen, die sich im Zeitalter des Imperialismus ausformten.

Das liegt nicht nur daran, dass eben dieses Zeitalter rückblickend immer deutlicher als eine historische Voraussetzung der Herausbildung einer transnational vernetzten Welt erkennbar wird (Geyer 1995; Eckert 2006). Damit zusammen hängt vielmehr auch, dass die umfassenderen Legitimationsideologien des Imperialismus keineswegs so speziell, abseitig und auf eine kurze Phase wild gewordener Großmachtträume beschränkt waren, wie es eine ältere Forschung lange annahm (Mommson 1969).¹ Stattdessen rückt die Möglichkeit ins Blickfeld, dass der Imperialismus sehr viel tiefer in der Geschichte des modernen politischen Denkens verwoben und verankert ist als dies selbst von Lenin und seinem Glauben an die »letzte Stufe des Kapitalismus« angenommen wurde.

So ist heute Hannah Arendts These von 1949 wieder aktuell geworden, dass der Imperialismus der entscheidende Transmissionsriemen gewesen sein könnte, der die revolutionären Dynamiken, aber auch die politischen Aporien der Aufklärung nicht nur ins Totalitäre wendete, sondern überhaupt ins 20. Jahrhundert transportierte. Ersteres, der Einfluss des Imperialismus auf die totalitären Systeme Hitlers und Stalins, ist Gegenstand einer in den letzten Jahren neu aufgenommenen, brisanten und wohl noch lange nicht entschiedenen Debatte. Arendts weiter gehende Annahme aber, dass der Imperialismus auch generell eine entscheidende und transformative Phase in der Geschichte unseres modernen politischen Denkens vom 18. Jahrhundert bis weit ins späte 20. Jahrhundert (und möglicherweise darüber hinaus) gewesen sein könnte – dieser Aspekt ist bislang kaum näher betrachtet worden.² Meist konzentriert sich die Rezeption auf den einen nationalgeschichtlich herausgehobenen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Nationalsozialismus. Dabei hat Arendt an keiner Stelle behauptet, dass der Imperialismus in Hitlers Regime gipfelte oder dieses umgekehrt in einer klaren Kontinuität mit der Kolonialpolitik des ausgehenden 19. Jahrhunderts stand. Vielmehr war es gerade ihr Anliegen, die totalitären Systeme als Ausdruck einer neuen, Ideologie und Terror verschränkenden Staatsform kenntlich zu machen, deren Herausbildung mit

dem Imperialismus begann und keineswegs mit dem Tod Hitlers oder Stalins beendet sein musste. Darin liegt die eigentliche Aktualität und Herausforderung der Arendtschen Thesen: Welche Elemente des politischen Denkens und der politischen Ideologien in der imperialen Ära haben sich durch Totalitarismus und Kalten Krieg hindurch bis heute fortgesetzt?

II. Gouvernamentalität

Dieser Frage kommt man nicht dadurch näher, dass man die gegenwärtige Konstellation kurzerhand *als* eine neue Form des Imperialismus beschreibt. Vielmehr ist es eben diese offenbar so naheliegende wie populäre Sichtweise, nach deren eigener historischer Herkunft es hier zu fragen gilt. Dazu bedarf es eines Standpunkts, von dem aus die Geschichte politischer Rationalität in der Moderne und die Rolle, die der Imperialismus darin spielt, gemeinsam in den Blick rücken. In den späten 1970er Jahren prägte Michel Foucault einen Begriff, der den Zweck hatte, jene Elemente zu bezeichnen bzw. in sich zu versammeln, welche die vielfältigen politischen Systeme der Neuzeit unterhalb ihrer offensichtlichen Gegensätze dennoch miteinander gemein haben. Foucault nannte diese sich nur langsam verändernde Grundlage neuzeitlicher Formen des Regierens Gouvernamentalität – im Sinne einer Ermöglichungs- und Steuerinstanz der verschiedenen Praktiken des neuzeitlichen Regierens. Was er bis dahin mit Blick auf bestimmte Formen moderner Macht Dispositive, Diskursordnungen, politisches Wissen, politische Technologie oder eben nur politische Rationalität genannt hatte, erhielt im Kollektivsingular der Gouvernamentalität einen übergreifenden Namen. In diesem Sinne ist Gouvernamentalität die in ihrer eigenen historischen Herausbildung beschreibbare Matrix, welche die modernen Formen und Praktiken des Regierens ermöglicht und nach der diese in ihrer politischen Logik funktionieren (Foucault 2004; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000).

Ein wesentliches Kernstück der neuzeitlichen Gouvernamentalität, das laut Foucault zum ersten Mal in der mittelalterlichen Beichtpraxis zum Ausdruck kam und sich in der Frühen Neuzeit als echtes Herrschaftswissen konsolidierte, ist die Annahme eines grundlegenden Zusammenhangs zwischen der freien Entfaltung des Lebens der Regierten und der Sicherung ihres Regiertseins. Wie fast immer bei Foucault geht es auch hier um die produktive, hervorbringende Seite neuzeitlicher Machtformen, um eine Macht im Gestus der Befreiung; eine Macht, die sich auf dem Wege der Freisetzung ihrer Subjekte von Verboten und Beschränkungen als neue, moderne Form der Macht erst konstituiert und reproduziert. Es ist diese von den modernen Machtformen selber reproduzierte Korrelation von Freiheit und Sicherheit, die im modernen Regieren, von seinen demokra-

tisch-liberalen bis zu seinen totalitären Formen, in je verschiedener Weise eine zentrale Rolle spielt und im Zentrum des Foucault'schen Konzepts der Gouvernamentalität steht.

Auch heute noch hält uns die Dialektik von Freiheit und Sicherheit in Atem, nicht zuletzt im Kontext der vielfachen Herausforderungen der Globalisierung. Zur Illustration genügt ein kurzer Blick auf das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im gegenwärtigen »Krieg gegen den Terror«. Was diesen Krieg im öffentlichen Diskurs legitimiert, ist weder die moralische Empörung über die konkreten Formen der terroristischen Gewalt noch eine politische Feindschaftskonstellation, in der sich die eine partikulare Gemeinschaft durch eine benennbare andere unmittelbar bedroht sieht. Obgleich die Rhetorik von Presse und Politik immer wieder ein solches Gegenüber inszenieren will, sind die Akteure in diesem Krieg eben keine benennbaren Freunde und Feinde, sondern im Grunde sehr abstrakte, fast nur symbolische Figuren, Namen und Signifikanten. Die Feinde – »Al Qaida«, »Bin Laden« oder der »radikale Islamismus« – bleiben trotz aller Fachliteratur und Experteninterviews im Grunde genauso nebulös und unkonkret wie es uns Schwierigkeiten bereitet, den amerikanischen Präsidenten, die CIA oder andere zu unserem Schutz in diesen Krieg ziehende Akteure als unsere »Freunde« zu betrachten. Dem entspricht auf der anderen Seite der hohe Abstraktionsgrad dessen, was wir mit allen Mitteln gegen den Terrorismus verteidigen wollen: unsere Ordnung, unsere Freiheit, unsere Sicherheit, unsere Lebensweise. Doch schon die Frage, wer zu unserer Ordnung gehört und unsere Lebensweise verdient, wer das Recht hat, sich auf unsere Freiheit zu berufen oder wo die Grenzen unserer Sicherheitsräume liegen sollen, bereitet ebenso große Schwierigkeiten wie die Bestimmung, gegen wen genau da eigentlich Krieg geführt werden soll.

Je weniger wir somit in der Lage sind, den Konflikt im Rahmen einer eindeutigen Freund-Feind-Konstellation zu beschreiben und unsere Positionen, Interessen und Ziele oder die der »Anderen« tatsächlich zu benennen, desto mehr werden das eigene Opfer und die Selbstbeschränkung zum eigentlichen Gradmesser dafür, wie ernst wir die Bedrohung nehmen. Die Einschränkung der eigenen Freiheit als Opfer für ihre übergeordnete Sicherung gegen den Terror – diese Logik ist zumal in Deutschland aktuell, seitdem die amerikanische Politik einer Konkretisierung der Gefahr auf dem Wege der Deklaration angreifbarer Schurkenstaaten hierzulande auf Ablehnung stößt.

In solchen Zusammenhängen spiegelt sich ein grundlegendes Moment der Wahrnehmung des Terrorismus als Bedrohung: Die Stärkung der inneren Sicherheit erscheint gegenüber dem außenpolitischen Aktionismus auch als die tatsächlich *angemessenere* Reaktion. Und das in genau dem Maße, in dem der Terrorismus eben nicht als eine politische, sondern als eine tiefere, grundlegendere, aus kulturellen oder gesellschaftlichen Fundamentalwidrsprüchen herrührende Bedrohung angesehen wird. Auf die-

se Fundamentalgefahr in und aus dem globalen Binnenraum, in dem wir inzwischen alle leben, kann dann auch allein im Rückgriff auf *unsere* Freiheit und *unsere* Sicherheit reagiert werden. Die paradoxe Folge ist, dass wir uns der fundamentalen Gefahr des Terrorismus ausgerechnet durch die Bereitschaft versichern, unserer Freiheit zum Zwecke ihrer Sicherung einzuschränken – oder umgekehrt, dass wir uns unserer Freiheit gerade dadurch versichern, dass wir sie nurmehr im Zustand ihrer fundamentalen Gefährdung und als eine immer schon zu sichernde Freiheit wahrnehmen.

Letzteres wurde etwa im sogenannten Karikaturenstreit deutlich, der Anfang 2006 durch die europäische Presse ging. Je mehr hier ein paar mittelmäßige Karikaturen einerseits und einige übertriebene Protestaktionen andererseits zu einem globalen Kulturkampf hochgeschaukelt wurden, desto deutlicher wurde die offenbare Unselbstverständlichkeit eben derjenigen Kulturwerte, die sich hier angeblich gegenüberstanden. Durch dänische Zeichnungen die Grundlagen des eigenen Glaubens, oder aber umgekehrt: durch ägyptische Proteste die abendländische Errungenschaft der Pressefreiheit unmittelbar bedroht zu sehen, zeugt weniger von den klaren Fronten eines Kulturkampfes als davon, dass man sich hier wie dort der eigenen Kultur und ihrer Werte schon längst nicht mehr sicher ist. Zudem ist hier eine Dynamik der Fundamentalisierung zu beobachten: Insofern uns der Terrorismus in unserem »Innersten« bedroht und als eine ständige Verunsicherung unseres alltäglichen Lebens gilt, erhält auch der Kulturkonflikt, dem er angeblich entspringt, den Status eines schon längst stattfindenden gesellschaftlich-kulturellen Krieges, in dem tatsächlich ein paar Karikaturen den eigenen Glauben und einige inszenierte Proteste die eigene Freiheit gefährden können. In ähnlicher Weise werden bisweilen auch andere Zeichen kultureller Differenz, wie etwa das islamische Kopftuch, zu Symbolen einer Fundamentalbedrohung umgedeutet und ihre Verbannung aus dem öffentlichen Raum verlangt, was nur der gleichen fundamentalistischen Logik entspringt und ebenso hilflos erscheint wie die von Islamisten inszenierten Verbrennungen dänischer Zeitungen oder amerikanischer Flaggen.

Diese Gegenwartsbeispiele zeigen, dass Freiheit und Sicherheit gerade dort in jene, von Foucault als Gouvernamentalität beschriebene dialektische Beziehung zueinander treten, wo historisch-politische Konflikte als Ausdruck globaler und damit immer schon innergesellschaftlicher Widersprüche, latenter Oppositionen und vorgängiger Kulturgegensätze gedacht werden. In der Regulierung eben solcher andauernden, latenten Kämpfe im Innern der Gesellschaft hatte Foucault das wesentliche Merkmal der modernen, gouvernementalen Machtordnung diagnostiziert. Ihre Regulierung aber bedeutet nicht, sie endgültig zu beenden oder zu überwinden, sondern sie in gewünschten Bahnen am Leben und in Bewegung zu halten. So wie schon im christlichen Pastorat das freie Bekenntnis der Sünden die Wiedereingliederung des Sünders in die Gemeinschaft und damit de-

ren Gesamtstabilisierung bedeutete, so setzt auch das moderne Regieren auf die freie Entfaltung gesellschaftlichen Dynamiken als Technik zur Stabilisierung der Machtordnung als ganzer – *laissez faire*.

Dynamiken aber, deren regulierte Nutzung als Freiheitsgewinn deklariert werden kann, liegen vor allem dort vor, wo grundlegende, quasi-natürliche Konfliktkonstellationen angenommen werden. Im Christentum des Mittelalter war dies die grundsätzliche Teilung der Welt in die zum Heil Berufenen und diejenigen, denen das Heil versagt blieb – es sei denn sie befreiten sich auf dem Weg der Beichte von den eigenen Sünden. In der Frühen Neuzeit war es die Entdeckung der natürlichen Dynamik wirtschaftlicher und sozialer Konkurrenz (zumal im städtischen Raum), die dazu führte, dass sich die Kunst des Regierens nicht mehr an der göttlichen Souveränität des Herrschers, sondern an der Effizienz der Regulierung und Lenkung des Handels, der Produktion und der Bevölkerung orientierte. Und auch im europäischen Maßstab ging man nach dem Dreißigjährigen Krieg zu einer Politik der globalen Konfliktharmonie über, die das Naturereignis Krieg nicht beseitigte, sondern in Form einer ausgleichenden Dauerdiplomatie einhegte (»ein Friede der Nicht-Einheit«). Sogar der Krieg selbst diente ab jetzt dem Ausgleich der Kräfte. In der Moderne schließlich vervielfältigten sich die Konflikte, die zum einen als naturhaft und unhintergebar betrachtet wurden, deren Kontrolle und Regulierung aber umso mehr als Fortschritt und Freiheitsgewinn präsentiert und zugleich als Stabilisierung der modernen Regierungsformen selber genutzt werden konnten: kapitalistischer Wettbewerb, nationale Konkurrenz, Klassenkampf, Rassenkampf, Systemkonflikt, Kulturkonflikt.

Nun hat Foucault seine Thesen über die Rationalisierung neuzeitlicher Macht- und Regierungsformen meist mit Blick auf das 16. bis 18. Jahrhundert entwickelt und sie nur selten bis in das 20. Jahrhundert weiter verfolgt – mit Ausnahme einiger Aspekte der Biopolitik und später, in seinen Vorlesungen von 1977/78, des Liberalismus. In seinem Gesamtwerk klafft eine oft bemerkte Lücke, die präzise mit dem zusammenfällt, was wir die Phase des Hochimperialismus nennen. Die amerikanische Historikerin Ann Laura Stoler (1997) hat sich mit dieser Leerstelle in Foucaults Werk systematisch auseinandergesetzt und die interessante These aufgestellt, dass der Kolonialimperialismus in genau dem Maße, in dem Foucault seine direkte Thematisierung stets vermied, das heimliche Gravitationszentrum vieler seiner Arbeiten bildete. Ob dies wirklich so ist oder nicht, ist eine Frage der hier nicht relevanten Werkexegese. Historisch gedacht aber verweist die These auf die hier zu verfolgende Leitfrage, welche Bedeutung dem Imperialismus in der Geschichte der modernen Gouvernementalität zukommt.

III. Die politische Rationalität des Imperialismus

Hier muss zunächst geklärt werden, was die imperialen und kolonialen Herrschaftsformen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts überhaupt mit jenen früheren Entwicklungsformen des modernen Regierens zu tun haben, die Foucault bei der Entwicklung des Konzepts der Gouvernamentalität im Blick hatte. Immerhin ist oft und mit Recht auf die exzeptionellen Aspekte der kolonialen Konstellation im Vergleich zu den binneneuropäischen Verhältnissen hingewiesen und sind die Besonderheiten der kolonialen Machtordnung betont worden. Demgegenüber scheint die Gouvernamentalität für Foucault eine rein europäische Erfindung frühliberaler Denkweisen im Kontext der spätabolutistischen Gesellschaft zu sein. Doch das stimmt nicht ganz. Seine Überlegungen zur Freiheit als notwendigem Korrelat neuer Sicherungsdispositive tauchen nicht erst dort auf, wo im Zuge einer Art Urgeschichte des Liberalismus das Konzept der Gouvernamentalität explizit eingeführt wird. Vielmehr sind die dort beschriebenen Zusammenhänge im Grunde die gleichen, die Foucault auch schon in seinen früheren Arbeiten über Biopolitik und Rassismus beschrieben hat.³

In beiden Kontexten steht die Entstehung und Anwendung eines Wissens von den Lebensprozessen der Bevölkerung und von deren Förderung und Entfaltung zum Zwecke der Gesellschaftsregulierung im Mittelpunkt. Statt um die Disziplinierung individueller Körper, geht es hier um die »Sicherung des Ganzen« durch Anwendung eines neuen von Polizeywissenschaft, Anthropologie, Medizin und Demographie produzierten Wissens über Kollektive als Objekte der politischen Ordnung, Verwaltung und Regulierung. In diesem neuen Wissenshorizont entfaltete sich auch ein neuer, übergreifender Begriff des prinzipiell grenzenlosen Lebens, insofern beim Blick auf Bevölkerungen der Tod keine absolute Grenze des Lebens mehr darstellt, sondern nurmehr als seine Schwächung erscheint. Eine Machtordnung, die Kollektive und Bevölkerungen zu ihrem primären Objekt erhebt, kann daher auch nicht mehr auf eine allgemeine Todesdrohung setzen, sondern muss sich auf die Stärkung des Lebendigen richten. Foucault beschreibt dies als einen fundamentalen Strukturwandel in der Funktionsweise von Souveränität: von der Formel »töten und leben lassen« zur neuen Regel »leben machen und sterben lassen« (vgl. Foucault 1999: 276-305). Und zu diesem »Leben machen« gehört dann die liberale Idee der Zulassung von Freiräumen zur Entfaltung gesellschaftlicher Eigendynamiken ebenso wie später eine Politik der direkt eingreifenden Sicherung und rassenpolitischen Optimierung des Lebens der Bevölkerungen.

Der biopolitische Rassendiskurs ist das entscheidende Bindeglied zum Thema der imperialen Herrschaft. Bei Foucault besteht die primäre Rolle des modernen Rassismus darin, inmitten der biopolitischen Gouvernamentalität und ihrem Ideal der Lebensoptimierung auch noch dem Tod eine lebenserhaltende Funktion zuzuschreiben: »Der Rassismus sichert die

Funktion des Todes innerhalb der Ökonomie der Biomacht gemäß dem Prinzip, dass der Tod der anderen die biologische Selbststärkung bedeutet, insofern man Mitglied einer Rasse oder Bevölkerung [...] ist.« (Foucault 1999: 278) Die rassistischen Phantasmen von der Bedrohung des eigenen Kollektivs durch die schiere Existenz eines anderen und von der Selbstheilung und Selbststärkung durch die Eliminierung des Anderen und Fremden, stellen in dieser Sichtweise also keineswegs Ausnahmen von der gouvernementalen Regel dar, sondern nehmen innerhalb der modernen Machtdispositive einen ganz bestimmten funktionalen Platz ein. Die Besonderheit des modernen Rassismus, so Foucaults bekanntes Diktum, ist nicht an »Ideologien und Lügen der Macht«, sondern an »die Technologie der Macht gebunden« (ebd.: 299).

Insofern die Gouvernementalität biopolitisch funktioniert, verhält sich der Rassismus zu ihr komplementär. Das heißt nicht, dass der Rassismus ein gleichsam natürlicher Bestandteil moderner Regierungspraktiken ist. Dort aber, wo sich diese Praktiken zum einen ganz oder überwiegend an der Sicherung und Optimierung des Lebens und Überlebens von Bevölkerungen orientieren und damit zum anderen als globale und nicht mehr territorial gebundene Strategien gedacht werden, ist es meist der Rassismus, der die Konfrontation mit einer störenden Außenwelt regelt, deren so gewalt- wie gefährvolle Bekämpfung er zum Lebenselixier erklärt. – Hier anschließend lässt sich nun die Frage stellen, ob sich der Kolonialimperialismus des späten 19. Jahrhunderts und die Formen kolonialer Macht und rassistischer Gewalt, die er hervorbrachte, als eine Fortsetzung der Herausbildung und Transformation moderner Gouvernementalität unter besonderen, radikalisierten Bedingungen beschreiben lassen.

Mit Recht hat die Kolonialismusforschung seit einiger Zeit den Umstand betont, dass sich Struktur und Funktionsweise kolonialer Herrschaft keineswegs als bloße Unterdrückung und Ausbeutung einer kolonialen Peripherie durch die imperiale Metropole oder als eine im politischen und/oder ökonomischen Sinne rationale Errichtung fremdstaatlicher Herrschaft über exotische Räume beschreiben lässt (Cooper/Stoler 1997).⁴ Stattdessen ist auch hier Hannah Arendts frühe Einsicht wieder aktuell geworden, dass sich koloniale Herrschaft eher (mit Rudyard Kipling) als ein ebenso makabres wie prekäres »Spiel« beschreiben lässt, in dem die Grenzziehungen, Hierarchien und Machtverteilungen keineswegs so eindeutig waren wie das offizielle Selbstverständnis der Imperialmächte es vorgab. Vielmehr lag zwischen dem imperialen Herrschaftsanspruch der jeweiligen europäischen Metropole und seiner Umsetzung in eine konkrete koloniale Machtordnung vor Ort ein ungemein weites Feld, auf dem die verschiedensten Akteure in unterschiedlichsten Funktionen und mit unterschiedlichsten Mitteln eine weit verzweigte koloniale Polykratie bildeten: Gouverneure und Kolonialoffiziere, Stationsleiter, Kommissare und Agenten, die diversen Vertreter oder als Vermittler in den kolonialen Dienst getretenen

Repräsentanten der kolonisierten Völker, Ärzte und Wissenschaftler, Unternehmer, Siedler, Missionare verschiedener Konfessionen, Händler, Kaufleute und Migranten aus jeweils anderen nicht-europäischen Regionen, koloniale Vereinsaktivisten, Journalisten und Abenteurer. Sie waren die eigentlichen lokalen Repräsentanten eines globalen Herrschaftsanspruchs, und ihre konkreten Formen der Machtausübung waren von individuellen Entscheidungen, Willkür, Gewalt, kurzfristigen Interessen und einem situativen Ausnutzen konkreter Konstellationen sehr viel mehr geprägt als von einem gemeinsamen »Masterplan« der kolonialen Herrschaftsinstallation (Pesek 2005).

Hannah Arendt ging sogar so weit zu behaupten, dass die Errichtung und Stabilisierung abgegrenzter kolonialer Herrschaftsräume überhaupt nur ein sekundäres Ziel des Kolonialimperialismus gewesen sei, dem gegenüber die fortgesetzte Eroberung um jeden Preis im Selbstverständnis der meisten Kolonisatoren das eigentliche Motiv dargestellt habe. Nicht die Gründung und endgültige Sicherung einer Kolonie, sondern ihr kontinuierlicher Ausbau, mindestens aber ihre immer weitergehende und immer noch als Eroberung gedachte Durchdringung bildete in dieser Sicht das antreibende Moment der Kolonisierung. »Das große Spiel«, so der berühmte, von Arendt (1993: 247f.) zitierte Satz Kiplings, »ist aus, wenn alle tot sind. Nicht vorher.«

Darin äußert sich nicht nur der wild gewordene Aktionismus jenes »imperialistischen Charakters«, den Arendt anhand solcher Figuren wie Cecil Rhodes, Lord Cromer oder Carl Peters' exemplifiziert. Vielmehr sieht Arendt in der Flucht aus den konsolidierten Herrschafts- und Machtordnungen Europas in den ungeordneten und damit völlig neue Freiräume gewährenden kolonialen Raum, in der pausenlosen Bewegung und auf Dauer gestellten Eroberung sowie im Alltag gewordenen Ausnahmezustand der kolonialen Situation Grundstrukturen des Imperialismus selbst. Diejenigen, die vor Ort, im direkten Kontakt mit den Kolonisierten, deren Kontrolle und Regierung erst mühsam zu erlernen war, und in direkter Auseinandersetzung mit einer oft feindlichen Umwelt das zivilisierte Abendland zu repräsentieren hatten, verloren schnell jeden Sinn für die rationalen Interessen und das politische Kalkül der heimatlichen Großmachtpolitik. Sie fühlten sich der eigentlichen Nationalpolitik überhaupt enthoben und stellten stattdessen ihr immer gefährvolles, lokales Handeln in den Dienst nicht politisch-partikularer, sondern globaler Ideale – der Menschheitserziehung, der Zivilisation, der Rasse.

Mit diesen übergeordneten und transpolitischen Idealen korrespondierte eine weitgehende Pragmatik des konkreten Handelns, das sich an den speziellen Erfordernissen eines ungeordneten und weitgehend noch erobernd zu erschließenden Raums orientierte. Dazu gehörte nicht zuletzt eine genaue, nur durch Erfahrung zu erwerbende Kenntnis über die Natur der sogenannten Eingeborenen, über ihren Charakter und die Mittel, sie zu

kontrollieren, zur Arbeit zu zwingen oder militärisch einzusetzen. Es ist diese Annäherung des Kolonisators an den Lebensraum der Kolonisierten, die Arendt im Blick hat, wenn sie in jenen oft kritisierten Passagen von der »Verwilderung« der europäischen Eroberer im afrikanischen Kolonialraum spricht. Damit ist aber kaum ein natürlicher Prozess des Kulturverfalls, der Entzivilisierung oder gar der Anpassung an »afrikanische Sittenlosigkeit« gemeint. Vielmehr sieht Arendt in dieser Annäherung des Kolonisators an die vorgefundenen Verhältnisse eine bewusste Strategie der Sicherung der eigenen Macht und zugleich der Selbstbefreiung des Kolonisators von hergebrachten Ordnungsvorstellungen. Die effiziente Regierung und weitere Ausdehnung des kolonialen Raums sollten in der Vorstellungswelt eines Lord Cromer oder Cecil Rhodes auch die Kolonisatoren selber zu einer neuartigen Macht-Elite umformen. Eine Elite, die durch ihr Geheimwissen über die außereuropäischen Verhältnisse, über die exotischen Räume und ihre Bewohner sowie durch ihre damit einhergehende Selbstbefreiung von den europäischen Denk- wie Herrschaftstraditionen auch zur langfristigen Sicherung und Regierung des Weltganzen geradezu berufen sei.

Diese Phantasmen wiederum ruhten in der von den meisten Kolonisatoren und auch vielen ihrer daheim gebliebenen Zeitgenossen geteilten Vorstellung von der imperialen Expansion als dem bloßen Vollzug eines sich notwendig abspielenden Naturprozesses. In Arendts eindringlicher Formulierung:

»Die Expansion um der Expansion willen ist ein unendlicher Prozeß, in dessen Mahlstrom niemandem erlaubt werden kann, er selbst zu bleiben. Hat man sich erst einmal darauf eingelassen, in diesem Strom mitzuschwimmen, so kann man nur den Gesetzen dieses Prozesses gehorchen, mit seinen anonymen Kräften sich identifizieren, um sie in Bewegung zu halten [...]. Daß das große Spiel kein Ziel und keinen einsehbaren Zweck hat, gerade dies gab ihm den gefährlich zauberischen Glanz, die Inkarnation des Lebens selbst zu sein.« (1993: 347-350)

Die Freisetzung der Energien eines natürlichen Entwicklungsprozesses durch Selbsteinfügung des eigenen Handelns, die Selbstverbesserung zum Wohle und zur Sicherung des Ganzen, die Absicherung des natürlichen Laufs der Dinge durch die Absicherung seiner freien Entfaltung, und die Überzeugung, dass es bei all dem im Grunde um den Prozess des Lebens selber geht – diese Aspekte scheinen den Imperialismus und die koloniale Konstellation in der Tat zu einer radikalisierten Form moderner Gouvernementalität zu machen. An einem Fallbeispiel lässt sich das weiter überprüfen.

IV. Politik der Gewalt – Politik des Lebens: Das Beispiel Carl Peters

Einer der exemplarischen Repräsentanten nicht nur des deutschen Imperialismus war der selbsternannte Gründer Deutsch-Ostafrikas, Carl Peters (Perras 2004). Das liegt nicht nur an seiner schon zu Lebzeiten prominenten bis berüchtigten Stellung innerhalb der deutschen Kolonialpolitik, die durch seinen frühen und biographisch unrühmlichen Abgang von der kolonialen Bühne eher verstärkt als geschmälert wurde. Ebenso bezeichnend ist, dass er als promovierter Historiker und selbsternannter Philosoph wie kaum ein zweiter deutscher Kolonisator sein Handeln ständig in einer Vielzahl von Texten reflektierte und erklärte. Und das nicht erst, wie viele andere, im kolonialrevisionistischen Rückblick, sondern im unmittelbaren Zusammenhang seiner kolonialen Praxis. Zudem gewährt auch der als »Fall Peters« in die Geschichte eingegangene Kolonialskandal, für den er bis heute vor allem bekannt ist, trotz aller Unsicherheiten der Quellenlage, Einblicke in das Selbstverständnis eines Kolonisators und seine politische Rationalität (vgl. Reuss 1981).

In der Geschichte dieses Kolonialskandals springt zunächst das auch aus vielen anderen Beispielen bekannte Moment der gewalttätigen Willkür kolonialer Machtausübung ins Auge. Die Geschichte vom deutschen Reichskommissar, der im Winter 1891/92 auf seiner entlegenen Station im Kilimandscharogebiet eine Art großenzwangsinnigen Despotismus entwickelte, willkürlich einige afrikanische Diener, einschließlich seiner angeblichen Konkubine, aufhängen ließ und nach ebenso willkürlicher Ausrufung des Kriegszustands eine Reihe afrikanischer Dörfer nieder brannte, ist nur eine von vielen Versionen jener Geschichte vom imperialen »Tropenkollekt«, die sich wie ein Leitmotiv durch die reale wie fikionalisierte Geschichte des Kolonialismus zieht.

Was diesen besonderen Fall der deutschen wie europäischen Presse so interessant machte, als die Geschichte vier Jahre später von August Bebel im Reichstag öffentlich gemacht wurde,⁵ war die pikante Mischung aus Gewalt, Exotismus und Sexualität, die schnell zu der öffentlich diskutierten These führte, Peters habe aus einem rein persönlichen Affekt der Eifersucht gehandelt, als er feststellen musste, dass er seine afrikanische Bettgenossin mit anderen, und auch noch afrikanischen Männern teilte. Einige der im Disziplinarverfahren vernommenen Zeugen haben diese Einschätzung bestätigt und berichtet, dass sich Peters vor allem über das erbost gezeigt habe, was er seine »Lochverwandtschaft mit diesen Schweinen« genannt haben soll, die ihm »nicht passte« (Schneppen 2001: 878). In der offiziellen Begründung seiner schließlichen Entlassung aus dem Kolonialdienst tauchte diese Seite des Skandals freilich nicht auf und wurde von der allgemeinen Formel eines »Mißbrauchs der Amtsgewalt« ersetzt. Peters selber berief sich vor Gericht zur Erklärung seiner Entscheidungen stets

auf eine reale, wenn auch nur von ihm als dem erfahrenen Kolonisator erkennbare Gefährdung seiner Macht durch aufrührerische Bewegungen unter den »Eingeborenen«, denen er nur mit größter Härte habe begegnen können.

Es ist bezeichnend, dass Peters es auch später immer vermied, sich zu den erotischen Details des Skandals direkt zu äußern oder sie explizit als Verleumdung hinzustellen. Stattdessen konstruierte er eine Verschwörungstheorie, nach der es ursprünglich die Engländer gewesen seien, die aus zwei Hinrichtungsbefehlen und der Verhängung des Kriegsrechts die Geschichte von der Willkürherrschaft gestrickt hätten, und beharrte ansonsten immer wieder darauf, dass er am Kilimandscharo nicht anders gehandelt habe als während seiner früheren Expeditionen. Diese Ausblendung derjenigen Aspekte des Kolonialskandals, die ihn eigentlich erst zum Skandal machten, ist weniger mit Blick auf den möglichen Wahrheitsgehalt der Geschichten und Gerüchte interessant, als dadurch, dass sie belegt, wie wenig Peters mit Blick auf sein eigenes Handeln in Afrika zwischen privat und öffentlich, Lebenswelt und Politik, persönlichem und herrschaftlichem Handeln unterschied. Sein Beharren darauf, den afrikanischen Verhältnissen entsprechend völlig normal und angemessen gehandelt zu haben, macht deutlich, in welchem Maße er diese Verhältnisse als grundlegend exzeptionell ansah und seine Aktionen als ein Handeln im permanenten Ausnahmezustand begriff. Vor diesem Hintergrund erschien es ihm gar nicht notwendig, im Nachhinein die persönlich-private Seite des Skandals als ein besonderes Problem zu thematisieren, insofern in der kolonialen Situation der ständigen Gefährdung und des täglich notwendigen Überlebenskampfes auch die private Existenz voll und ganz im Dienst der kolonialen Aufgabe stand.

Eben diese Selbstauffassung zieht sich wie ein roter Faden auch durch die kolonialtheoretischen Reflexionen Peters, von denen er nicht wenige in Afrika selber verfasste. Von den Berichten über seine erste, faktisch an ihrem völligen Dilettantismus beinahe gescheiterte Expedition von 1884 bis zu seinen letzten Artikeln und Essays über die koloniale Aspekte des Ersten Weltkriegs betonte er immer wieder die zentrale Rolle des persönlichen Einsatzes und der persönlichen Erfahrung in der Kolonialpolitik. Gerade um die herrschaftliche Autorität, die strikte, nicht anzuzweifelnde Macht und die rassische Überlegenheit der Europäer zu demonstrieren und zu garantieren, müsse man die besonderen Verhältnisse und Bedingungen des afrikanischen Raums sowie Wesen und Charakter seiner Bewohner kennen, sich ihnen anpassen und sie zu nutzen lernen. Genau da, wo ihm eine solche Nutzung der afrikanischen Ressourcen zur Beherrschung des kolonialen Raums gelang, sah Peters seine größten Erfolge. So schrieb er etwa über seine Emin-Pascha-Expedition, die in Deutschland aufgrund von Berichten über Peters' übertrieben brutales Vorgehen bereits in die Kritik geraten war, in seinen Erinnerungen:

»Äußerlich betrachtet, war die Durchführung der Emin-Pascha-Expedition ein Triumph der Organisation über die Massen. Es gelang mir, die 17 Somalis, welche uns die materielle Herrschaft über unsere Leute gaben, innerlich völlig an mich zu ketten; es war das große Verdienst Adolf v. Tiedemanns, in die Träger etwas von preussischer Disziplin zu bringen. Damit besaßen wir die Handhabe, den raub- und mordlustigen Stämmen des Inneren klar zu machen, daß es klüger sei, mit uns in Frieden zu leben, als mit uns anzubinden.« (1943c: 273)

In diesem Sinne war das von Peters und vielen anderen in Afrika tätigen Kolonisatoren immer wieder formulierte Beharren auf ihrem erfahrungsgesättigten Expertentum nicht nur rhetorische Strategie der Selbstbehauptung in den kolonialpolitischen Debatten der Heimat, sondern genuiner Bestandteil ihres kolonialen Selbstverständnisses und ihrer Handlungsrationalität. Allein die kolonisierende Praxis, das spontane Handeln und Entscheiden, die persönliche Bindung, Intervention und konkrete Gestaltung der Verhältnisse vor Ort galten als legitime Kriterien erfolgreicher Kolonialpolitik. Bei Peters spiegelt sich das nicht zuletzt in der Tatsache wider, dass seine kolonialpolitischen Visionen und Vorschläge dort, wo sie dann doch einmal über den unmittelbaren Horizont der eigenen Erfahrung hinausgingen, sofort einen phantasmatischen und träumerischen Charakter annahmen. Jenseits jeder realistischen Einschätzung der Umsetzbarkeit entwarf er visionäre Pläne für ein zukünftiges deutsches Afrika und konnte es nie nachvollziehen, dass seine Ideen von den zuständigen Behörden nicht nur nicht aufgenommen, sondern oftmals sogar belächelt wurden. Jede Art der planenden, Kosten und Nutzen abwägenden Kolonialpolitik war ihm fremd bzw. hielt er im Kern für einen Verrat an der kolonialen Sache, die allein in der konkreten Praxis und in der erobernden Tat Bestand habe.

Koloniale Machtausübung bestand für Peters dezidiert nicht in der Errichtung und Konsolidierung eines zentralistischen Herrschaftssystems nach Maßgabe ökonomischer Nutzungsinteressen oder politischer Zielsetzungen, sondern in der eingreifenden Umgestaltung, permanenten Ausweitung und gewaltsamen Formung des kolonialen Raums nach Maßgabe der vorliegenden Gegebenheiten. Besonders in der kolonialen Kriegsführung und gewaltsamen Disziplinierung der Kolonisierten sah Peters echte Vorbilder für eine neue Art politischer Herrschaft, die gegenüber den durch Bürokratie und Interessenpolitik blockierten Regierungsformen in der Heimat den entscheidenden Vorteil hätten, die natürlichen Ressourcen und Lebensenergien der Beherrschten gerade dadurch zu entfalten, dass sie optimal kanalisiert würden. Mit Blick auf die Kriegsführung schlug sich dies in seinen Thesen über »afrikanische Gefechtsweise« nieder, deren Hauptziel gerade nicht »die prinzipielle Unterjochung der eingeborenen Stämme« sondern die »Durchdringung des kolonialen Raums« sei. Den »Listen und Tücken der Eingeborenen« habe man »die gleichen Listen und

Tücken«, der »nationalen Fechtweise der Afrikaner ihre eigenen Mittel gegenüber zu stellen.« (Peters 1943d: 537). Nur durch eine kleine, auserwählte Truppe »eingeborener Soldaten«, so Peters' Konsequenz, könne auch in den deutschen Kolonien mit den Widerständen aus der Bevölkerung so gründlich umgegangen werden, wie es in Amerika und Australien gelungen sei. In ähnlicher Weise müsse auch die Disziplinierung der Afrikaner durch das erfolgen, was ihrer Natur am besten entspricht: »Roharbeit«. »Wer es wohl meint mit der Negerwelt«, so Peters 1901,

»der wird darauf sinnen, sie für die große Kulturarbeit der Menschheit nutzbar zu machen, und es ist nichts als schwächliche Sentimentalität, wenn man einen humanen Zwang zur Arbeit unter allen Umständen perhorresziert, da wo der freie Antrieb zur Betätigung der angeborenen Kräfte noch fehlt.« (1943a: 419)

Was sich hier noch im Konzept eines »humanen Arbeitszwangs« oder in Anspielungen auf eben jene Fälle des Siedlerkolonialismus ausdrückte, die auf eine fast vollständige Verdrängung der Urbevölkerung hinausliefen, zeigt sich an anderen Stellen in unverblümter Weise. »Werden wir endlich hart«, schrieb Peters bereits 1887 in einem anderen seiner politischen Aufsätze,

»diese wilde Zeit erfordert ein hartes Geschlecht. Also werden wir hart und hören auf, uns für anständig zu halten. Die Kolonialpolitik will nichts anderes als die Kraftsteigerung und Lebensbereicherung der stärkeren, besseren Rasse, auf Kosten der schwächeren, geringeren. Wieviele Opfer diese große Sache noch erfordern wird, weiß kein Sterblicher zu sagen, aber unsere unerschütterliche Freudigkeit für die weiteren Kämpfe, welche unserer warten, beruht darauf, daß die Sache selbst doch schließlich siegreich sein wird.« (1943b: 369f.)

Darin drückt sich mehr aus als nur die selbsttheroisierende Betonung der eigenen Härte und Willenskraft. Vielmehr steht die Gewalt als Tat, als die im Grunde letzte noch mögliche Form effektiven Handelns, im Zentrum der gesamten kolonialpolitischen wie weltanschaulichen Auffassungen Peters'. Die Gewalt, und zwar nicht die systematische, allgemein durch militärische Überlegenheit unterwerfende und diese in Machtverhältnisse umsetzende Gewalt, sondern die persönliche, immer wieder neu erobernde, verdrängende und sich ständig neu bewährende Gewalt, war in Peters Weltwahrnehmung die einzig gültige Form kolonialpolitischen Handelns und kolonialer Beherrschung. Es ist genau die Gewalt, von der Hannah Arendt (1995) sagt, dass sie eigentlich jeder Form von Machtordnung entgegensteht, gerade weil sie als Mittel ohne Zweck in ihrem eigenen Zerstörungsprozess sich selbst genügt.

In Peters' Schriften aber lässt sich beobachten, wie diese Gewalt geradezu verzweifelt als ein systematischer Beitrag zur großen Politik und als

kolonialpolitische Vision präsentiert werden soll. Ob im immer wieder ausgemalten Rassenkampfmithos, in seinen Thesen zur kolonialen Militärführung und Logistik, ob in seiner Hassliebe zur »Kaufmannsseele« der Engländer oder eben auch in seinen kaum verhüllten Ansichten über die Afrikaner, die er ausschließlich in ihrer totalen Verfügbarkeit als vorgefundene Ressource betrachtete, – überall ist das Sich-Durchsetzen, der persönliche Einsatz und das gewaltsame Spiel mit den vorgefundenen Kräften Anfang und Ende des kolonialpolitischen Handelns, sein Mittel und sein Zweck zugleich.

Der einzig ruhende Punkt in diesem durch und durch aktionistischen Weltbild ist die auch im obigen Zitat sich ausdrückende Überzeugung, dass »die Sache selbst siegreich sein wird«, dass die Selbstbefreiung des gewaltsamen Handelns von rationalen Zielen und Interessen ebenso wie von moralischen oder politischen Schranken umso mehr dem Erfolg des Ganzen dient. »Immer noch«, heißt es an einer der vielen anderen ähnlichen Stellen, »haben eingeschlagene Richtungen zu gewissen logischen Endzielen geführt.« (Peters 1943e: 283) Hier wurde der Aktionismus selbst endgültig zum Naturgesetz erhoben, das neben der ständigen und gewalttätigen Entfaltung der eigenen Freiheit zugleich die Sicherheit garantierte, sich auf dem richtigen und natürlichen Weg zu befinden, auf dem Weg des Lebens selbst.

Genau darin bestand die von Peters favorisierte Rationalität des kolonialen Regierens: den Rassen- und Überlebenskampf, den die feindliche Umwelt Afrikas sowieso von Natur aus vorzuschreiben schien, zum Prinzip und zur Technik der Herrschaftsausübung zu machen. Statt Eroberung – Strafexpeditionen, statt Gesetzen – willkürliche Exekutionen, statt souveräner Macht – andauernder Überlebenskampf und alltägliche Strafgewalt als gouvernementales Ideal. Was die Kaufleute und Unternehmer in anderen Kolonien noch aus unpolitischen Motiven vorgemacht hatten – mitten in einer feindlichen Umwelt zu überleben und dennoch durch geschicktes Taktieren Profit zu machen – darin sah Peters ein Ideal auch der politischen Führung von Kolonien. Eben deshalb war er unerbittlich in seiner Einstellung gegenüber den Kolonisierten und witterte überall den Aufstand, weil nur das konkrete, aktive Vorgehen gegen solchen Widerstand ihm das Gefühl gab, im Namen des Lebens selbst Kolonialpolitik zu betreiben – nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern um Deutschlands Überleben zu sichern.

V. Von der imperialen zur globalen Gouvernamentalität?

Carl Peters ist sicher ein extremes Beispiel für die politische Rationalität des Imperialismus und die Formen ihrer Selbstrationalisierung. Doch kann er angesichts der damaligen Popularität seiner Person kaum als eine

pathologische Ausnahmeerscheinung der Epoche betrachtet werden. Und dies trotz des Skandals, der ihn schon 1897 zwang, zumindest den offiziellen Kolonialdienst zu beenden, denn Skandale zeugten auch schon in der Mediengesellschaft des Kaiserreichs eher vom exemplarischen als vom exceptionellen Charakter dessen, was da als skandalös bezeichnet wurde.⁶ Hinzu kommt, dass Peters Ruhm seinen Höhepunkt erst nach 1918 erreichte, dem Jahr, in dem Deutschland von jeder weiteren Kolonialpolitik ausgeschlossen wurde und Peters selbst in Hannover starb. Zunächst der Weimarer Kolonialrevisionismus und dann die Propaganda des Hitlerregimes machten aus Peters' Leben, seinen kolonialpolitische Auffassungen und sogar aus dem Kolonialskandal, für den er wesentlich bekannt war, einen echten politischen Kult. In ihm wurde er zum verkannten Genie einer Großmachtpolitik stilisiert, die erst mit dem Nationalsozialismus zur wahren Entfaltung komme. Höhepunkte dieser Inszenierung waren eine dreibändige Prachtausgabe von Peters Schriften sowie eine der teuersten Filmproduktionen des Dritten Reiches. Unter der Regie von Herbert Selpin mimte hier kein geringerer als Hans Albers einen Carl Peters, dessen Handstreichpolitik im heißen Afrika und inmitten englisch-jüdischer Intrigen als Sinnbild einer NS-konformen Rationalität des Durchhalte-Aktivismus präsentiert wurde.

Was aus dieser Rationalität, was überhaupt aus den von Hannah Arendt beschriebenen Elementen totaler Herrschaft und damit auch aus den radikalen, imperialistischen Formen moderner Gouvernamentalität nach 1945 wurde, ist nach wie vor eine offene Frage. Lange wurde davon ausgegangen, dass in den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs auch die Konflikt-dynamiken seiner unmittelbaren Vorgeschichte endgültig erstickt wurden. Doch zunächst einmal trifft das auf die Sieger von 1945 nicht oder nur bedingt zu und die Schnelligkeit und Heftigkeit, mit der nach dem Sieg über Deutschland und Japan der Kalte Krieg die Welt im Griff hatte, zeugt allemal von einer Transformation der Konflikt-dynamik unter den veränderten Bedingungen der atomaren Bedrohung und blockbildender Strategien. Doch auch in Deutschland ist es trotz aller Zerstörung schwer vorstellbar, dass die ideologischen Dispositionen, die das Hitlerregime und seine Gewaltpolitik bis zum bitteren Ende getragen haben, über Nacht verschwanden.

Auf welchen eher seltenen Wegen sie sich ungebrochen erhalten haben und in welchen Formen der Verdrängung oder Aufarbeitung sich die Deutschen schließlich von ihnen befreit haben, um eine stabile Demokratie zunächst im Westen und nach 1989 auch im Osten auszubilden, das sind derzeit wieder verstärkt diskutierte Fragen der deutschen Zeitgeschichte. Doch es gibt noch eine andere Ebene dieser Nachgeschichte der Gewalt, die keineswegs nur mit den Deutschen und der Stabilität von Demokratien, sondern vielmehr damit zu tun hat, wie wir heute die vergangenen wie gegenwärtigen Formen politischer Gewalt wahrnehmen, den-

ken, erklären und begründen. Denn es ist diese Ebene der Wissenshorizonte, Erklärungsstrategien und Rationalisierungsformen, auf der es durchaus erkennbare Kontinuitäten vom späten 19. bis ins frühe 21. Jahrhundert gibt.

Zwar würde heute sicherlich niemand über Weltpolitik oder den Umgang mit Nicht-Europäern so denken, geschweige denn schreiben, wie es ein Carl Peters um 1900 tat. Doch eine ganze Reihe von gegenwärtig populären Formen der Weltdeutung weist unverkennbar Züge der eigentlich vergangenen Welt des Imperialismus auf: Das viel zitierte Szenario eines globalen Kampfs der Kulturen etwa ist bei näherem Hinsehen in seiner Grundstruktur keineswegs so weit entfernt von jenem globalen Rassenkampf, auf dessen objektive Existenz Peters und andere Kolonisatoren nicht müde wurden, sich zu berufen. Ebenso reproduziert die Rhetorik und das Selbstverständnis der organisierten Globalisierungsgegner heute – ob zu Recht oder Unrecht – das antiimperiale Befreiungsd Denken der ehemals Kolonisierten. Seit einiger Zeit liefern uns der Terrorismus und seine globale Bekämpfung ein Szenario, das präzise dem entspricht, was vor einhundert Jahren »Rassenkampf« genannt wurde: ein Ausnahmekampf, bei dem man sich von moralischen Schranken befreien und zugleich politische Freiheiten und Rechte (die eigenen und die anderer) zurückstellen kann, weil es um die Sicherung des Lebens selbst geht. Auch die nach wie vor populären Visionen des Neoliberalismus von einer völlig entgrenzten Welt der freien Selbstentfaltung und die sie zugleich flankierenden Rufe nach einem globalpolitischen Sicherheitskonzept reproduzieren entgegen ihrem oberflächlichen Selbstverständnis den gleichen Regulierungsaktionismus, wie er den Diskurs der »Weltpolitik« im späten 19. Jahrhundert beherrscht hatte. Und schließlich: gerade heute scheint es in der Politik wie in der Wissenschaft besonders beliebt zu sein, sich und sein Handeln, genau wie es Arendt beschrieben hat, in die Dynamik anonymer, naturhafter Prozesse zu stellen, zu denen es »keine Alternative« gebe – allen voran die Globalisierung selbst.

Noch einmal: es geht hier weder um die Fortsetzung noch um die Wiederkehr des Imperialismus. Aber es geht um die Frage nach Elementen und Ursprüngen unserer Gegenwart, deren Geschichte sich vom 19. Jahrhundert durch den Imperialismus, den Totalitarismus und den Kalten Krieg hindurch bis zu uns fortgesetzt hat. Allein die Tatsache, dass wir kaum ohne Rekurs auf den Imperialismus unser gegenwärtiges globales Zeitalter und seine Probleme beschreiben können, verweist auf die Existenz einer solchen verborgenen Tradition unserer politischen Rationalität. Ihre Rekonstruktion wäre ein wichtiger Schritt zu einer anderen, erst noch zu schreibenden Geschichte der imperialen Gewalt im 20. Jahrhundert; eine Geschichte ihrer Ermöglichungen, ihrer Begründungen und Rationalisierungen, und das als Teil einer übergreifenden Geschichte der modernen – unserer – Gouvernamentalität. Foucaults Konzept war dezidiert der Ver-

such, einen Begriff für solche politischen Dispositionen von langer Dauer zu finden. Ob er wirklich tragfähig ist, bleibt abzuwarten. Immerhin aber lehrt er uns, jenseits populärwissenschaftlicher Rhetorik nach den eigentlichen Zusammenhängen zu fragen zwischen dem Imperialismus und unserer Gegenwart, zwischen den Gouverneuren von damals und der Globalisierung von heute.

Anmerkungen

- 1 Die historische Forschung der 1960er und 1970er Jahre machte den Imperialismus zwar zu einem zentralen Forschungsgegenstand, reduzierte das Phänomen aber in ihrer dezidierten sozialtheoretischen Kritik auf einen kurzfristigen Irrweg deutscher Politik ohne längerfristige Folgen. Dem steht die heutige Sichtweise gegenüber, die auch für den deutschen Fall eine sehr viel längere Vor- und auch Nachgeschichte des Kolonialimperialismus konstatiert (Friedrichsmeyer/Zantop/Lennox 1998).
- 2 Die klassische Referenz ist hier Arendt (1993). Doch wer Arendts spätere Arbeiten über Macht, Gewalt, Revolution und Politik aufmerksam liest, wird unschwer erkennen, dass sie die in den ›Elementen‹ zum ersten Mal formulierten Überlegungen theoretisch wie historisch fortsetzen. Jene *Elemente und Ursprünge* waren für Arendt auch nach der Epoche des Totalitarismus weiterhin präsent.
- 3 Vgl. besonders Foucault (1999).
- 4 Zur den Grundstrukturen kolonialer Herrschaft vgl. vor allem Trotha (1994); und jetzt auch die wichtige Studie von Pesek (2005).
- 5 Zunächst allerdings auf Grundlage von Quellen, die sich später als Fälschung erwiesen (vgl. Reuss 1981: 128ff.).
- 6 Nach seiner Entlassung übersiedelte Peters nach London, wo er eine eigene »Estate and Exploration Company« gründete und privat weitere Expeditionen nach Afrika unternahm, vor allem auf der Suche nach unentdeckten Goldvorkommen. Erst bei Ausbruch des Weltkriegs 1914 kehrte er nach Deutschland zurück.

Literatur

- Arendt, Hannah (1993): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München: Piper [1949].
- (1995): *Macht und Gewalt*, München: Piper [1970].
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Cooper, Frederick/Stoler, Ann Laura (Hg.) (1997): *Tensions of Empire: Colonial Cultures in a Bourgeois World*, Berkeley: University of California Press.
- Eckert, Andreas (2006): *Kolonialismus*, Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Foucault, Michel (1999): *In Verteidigung der Gesellschaft: Vorlesungen am Collège de France (1975-76)*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (2004): *Geschichte der Gouvernementalität. Vorlesungen am Collège de France 1977-1978*, 2 Bde., hg. v. Senellart, Michel, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Friedrichsmeyer, Sara/Zantop Susanne/Lennox, Sara (Hg.) (1998): *The Imperialist Imagination. German Colonialism and Its Legacy*, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Geyer, Michael/Bright, Charles (1995): »World History in a Global Age«. In: *American Historical Review* 100, S. 1034-1060.
- Mommsen, Wolfgang Justin (1969): *Das Zeitalter des Imperialismus*, Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Perras, Arne (2004): *Carl Peters and German Imperialismus 1856-1918. A Political Biography*, Oxford: Clarendon Press.
- Pesek, Michael (2005): *Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika: Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Peters, Carl (1943a): *Schriften, Bd. I (Die afrikanische Arbeiterfrage, 1901)*, hg. v. Walter Frank, München: Beck.
- (1943b): *Schriften, Bd. I, (Schlusswort zu »Deutsch-National«, 1887)*, hg. v. Walter Frank, München: Beck.
- (1943c): *Schriften, Bd I (Der Küstenaufstand, 1902)*, hg. v. Walter Frank, München: Beck.
- (1943d): *Schriften, Bd II (Gefechtsweise und Expeditionsführung in Afrika, 1892)*, hg. v. Walter Frank, München: Beck.
- (1943e): *Schriften III (Nationalismus und Kosmopolitismus, 1886)*, hg. v. Walter Frank, München: Beck.
- Reuss, Martin (1981): »The Disgrace and Fall of Carl Peters: Morality, Politics and »Staatsräson« in the Time of Wilhelm II«. In: *Central European History* 14, S. 110-41.
- Schneppen, Heinz (2001): »Der Fall Karl Peters: Ein Kolonialbeamter vor Gericht«. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (10), S. 869-885.
- Stoler, Ann Laura (1997): *Race and the Education of Desire: Foucault's »History of Sexuality« and the Colonial Order of Things*, Durham: Duke University Press.
- Trotha, Trutz von (1994): *Koloniale Herrschaft: Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des »Schutzgebietes Togo«*, Tübingen: Mohr.

